II. Arbeitskräftelenkung im Zeichen der Planungseuphorie (1949–1953)

1. Die weitere Einbindung in die Zentralverwaltungswirtschaft

Fünfjahrplan, Volkswirtschaftspläne und Arbeitskräftelenkung

Verlässliches Zahlenmaterial über die Entwicklung des Arbeitskräftebestandes lag im Spätsommer 1949 noch nicht vor. Die einzelnen Hauptverwaltungen verfügten vielmehr über eigene, voneinander abweichende Statistiken, die eine Gesamtplanung nahezu unmöglich machten. So waren die HVAS und die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung bei der Ermittlung der erwerbstätigen Bevölkerung zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Während die HVAS-Abteilung Planung den Jahresmittelwert für 1947 mit 8,246 Millionen Arbeitskräften und für 1948 mit 8,379 Millionen angab, ermittelte die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung einen Gesamtbestand von nur 7,915 Millionen (1947) bzw. 8,170 Millionen (1948). Auch für das erste Halbjahr 1949 bestand immer noch eine Differenz von 310 000¹. Daraus resultierten dann beträchtliche Unterschiede bei der Analyse der Wachstumsrate des Gesamtbestandes an Arbeitskräften: Für die DWK-Wirtschaftsplaner ergab sich eine fast lineare positive Entwicklung von 3,2 (1947/48) bzw. 3,0 (1948/49) Prozent; im Gegensatz dazu kam die Arbeitsverwaltung zu einem Rückgang von +1,6 auf -3,3 Prozent. Darüber hinaus waren die Abweichungen bei den Angaben zur Veränderung der Erwerbstätigenzahlen in einzelnen Wirtschaftssektoren z. T. eklatant: Während die HVAS für den primären Sektor einen prozentualen Rückgang von immerhin 11,5 (1947/48) verzeichnete, kam die HV Wirtschaftsplanung auf einen Zuwachs von 4,8 Prozent². Weil sich die HVAS auf direkte Informationen aus den ihr unterstehenden Arbeitsämtern stützen konnte, verfügte sie vermutlich über wesentlich genauere Daten als die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung. Gemeinsame Absprachen konnten somit jedoch nur provisorischen Charakter haben, was das gemeinsame Ziel einer zentralen und effizienten Wirtschaftsplanung und -lenkung zunächst in weite Ferne rücken ließ. Es überrascht daher nicht, daß die HVAS-Abteilung Planung zu einer insgesamt recht pessimistischen Gesamteinschätzung gelangte: „Die zu den Berechnungen der Kontrollziffern für den Arbeitskräftebereitstellungsplan gegebenen Analysen sind derartig dürftig, daß eine wissenschaftlich vertretbare Stellungnahme dazu gar nicht möglich ist.“³

Nachdem weitere Berichte der einzelnen Landesarbeitsämter eingegangen waren, sah sich die HVAS in ihrer Einschätzung bestätigt, daß mit einem Rückgang der registrierpflichtigen Bevölkerung gerechnet werden mußte. Die Ursache für diese Veränderung wurde primär in der für 1950 erwarteten Verbesserung der

¹ BAB, DQ 2/1161, Aktenvermerk der HVAS vom 5. 8. 1949, S. 1.

² Ebenda, S. 2.

³ Ebenda, S. 1. Vgl. zu den grundsätzlichen Problemen der DDR-Statistiken auf diesem Gebiet: Fritz, Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR.

Rentenleistungen gesehen⁴. Dadurch würde – so die Interpretation von seiten der HVAS-Abteilung Planung – ein Teil der über 50-jährigen Frauen aus dem Beschäftigtenkreis freiwillig ausscheiden. Dies führe wiederum mittelfristig zu einem Rückgang der weiblichen Erwerbsbevölkerung. Inwieweit diese überaus optimistische Einschätzung der Rentenentwicklung tatsächlich eintreten und die entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Folgen hervorrufen würde, blieb vorerst noch abzuwarten⁵. Dagegen beurteilte die HVAS die Entwicklung der Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenzahlen grundsätzlich positiv⁶. Hier hatten unter anderem Leistungseinschränkungen, vor allem aber Zugangsbeschränkungen bei der Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialfürsorge⁷ bereits zu einem spürbaren Rückgang der Leistungsempfänger geführt.

Den prognostizierten Rückgang der Frauenerwerbsquote bestätigte wenig später das Zentrale Planungsamt des Ministeriums für Planung in einer Analyse des abgelaufenen Volkswirtschaftsplanes 1949. Da gleichzeitig ein Arbeitskräftebedarf im Bergbau, der Metall- sowie der Bauindustrie registriert wurde, sprach sich das Zentrale Planungsamt dafür aus, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: „Die Arbeitsämter werden im nächsten Jahr darauf eingestellt werden müssen, den Anteil der weiblichen Beschäftigten in den für sie geeigneten Betrieben und Berufen zu erhöhen, um entsprechend männliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.“⁸ Dahinter stand also das bekannte Konzept, männliche Arbeitskräfte in der Konsumgüter- und Leichtindustrie durch weibliche zu ersetzen. Die dadurch gewonnenen Arbeiter sollten anschließend in der arbeitsintensiven Grundstoff- und Schwerindustrie wieder eingesetzt werden. Die HVAS gab die Zahl der erforderlichen Neueinstellungen von Frauen mit rund 150 000 an⁹. Nur so lasse sich der im Volkswirtschaftsplan enthaltene Richtwert erreichen. Neben der verstärkten Einbeziehung von Frauen in das Erwerbsleben versuchte die HVAS einen zweiten arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt bei der Lehrlingsausbildung zu setzen¹⁰. Auch dies sollte letztlich der Vergrößerung der Erwerbstätigenzahlen dienen; kurzfristige Effekte auf dem Arbeitsmarkt waren allerdings kaum zu erwarten, vielmehr handelte es sich aufgrund der Ausbildungszeiten hierbei um eine mittelfristige Maßnahme. Darüber hinaus schien der Investitionsplan in dieser Frage kaum Handlungsspielraum zu bieten: Im Vordergrund stand die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Auf- und Ausbau von Industrieanlagen. Da die Investitionssumme insgesamt nicht weiter erhöht werden konnte, war an eine Intensi-

⁴ BAB, DQ 2/1068, Analyse der HVAS-Abt. Planung vom 19. 9. 1949 zur voraussichtlichen Entwicklung der Beschäftigtenlage 1949/1950, S. 1.

⁵ Kennzeichnend für die SBZ aber auch für die frühe DDR waren die vergleichsweise niedrigen Witwenrenten, hinter denen arbeitsmarktpolitische Erwägungen der SED- und HVAS-Führung standen. Diese Frauen sollten unter allen Umständen erwerbstätig bleiben. Insofern widersprach diese Praxis der von der HVAS-Abt. Planung geäußerten Erwartung. Vgl. dazu Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 135 f. und 145 f.

⁶ BAB, DQ 2/1068, Analyse der HVAS-Abt. Planung vom 19. 9. 1949, S. 1 f.

⁷ Vgl. Boldorf, Sozialfürsorge, S. 46–61.

⁸ SAPMO, NY 4182/963, Bl. 384, Analyse des Ministeriums für Planung vom 2. 1. 1950 über die Arbeitskräfteentwicklung.

⁹ BAB, DQ 2/1161, Vermerk vom 21. 1. 1950, S. 2.

¹⁰ Ebenda, Notiz der HVAS (o.D.).

vierung und Verbesserung der Aus- und Weiterbildung zunächst einmal nicht zu denken.

Die stärkere Einbettung der Arbeitskräfteplanung und -lenkung in die allgemeine Wirtschaftsplanung stellte die Arbeitsverwaltung in mehrfacher Hinsicht vor neue Herausforderungen. Diese mußte sich in der Folgezeit nicht nur sehr viel intensiver mit den übrigen Hauptverwaltungen absprechen und deren Bedarfwünsche mitberücksichtigen, sondern vor allem auch die bisherigen Konzepte und Instrumente kritisch überprüfen bzw. den neuen Anforderungen anpassen. So erklärte etwa die Abteilung I a des neu geschaffenen Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen, es bestehe die „zwingende Notwendigkeit, der Deutschen Demokratischen Republik eine eigene Rechtsgrundlage für alle Fragen, die sich auf die Erfassung und Sicherstellung der Arbeitskräfte für die wichtigsten Wirtschaftszweige beziehen, zu geben.“¹¹ Die entsprechenden SMAD-Befehle sollten daher in ihren wesentlichen Bestandteilen zu einer allgemeinen Verordnung zusammengefaßt werden.

Eine Beschleunigung des Planungsablaufes ließ sich nicht erreichen. Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen war bei der Zusammenstellung des Arbeitskräfteplanes – als Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes – nach wie vor auf die Zusammenarbeit mit den Landesministerien angewiesen¹². Diese wiederum konnten für ihren Zuständigkeitsbereich zunächst nur vorläufige Angaben über den Arbeitskräftebedarf machen, da zahlreiche Betriebe ihre Produktionsplanung noch nicht abgeschlossen hatten. Die Betriebe waren ihrerseits abhängig von Vorgaben der zentralen Planungsbehörden, die über die Zuteilung von Rohstoffen und Halbfabrikaten entschieden. Außerdem dürfen die immer noch bestehenden Anforderungen der sowjetischen Besatzungsmacht (SAG-Betriebe) nicht vergessen werden, die oftmals langfristig nicht abgesprochen waren und somit eine betriebliche Planung erheblich erschwerten¹³. Dies führte letztlich dazu, daß der Arbeitskräfteplan für das Jahr 1950 unvollständig blieb: Aus Sicht der Arbeitsverwaltung konnte er noch keine verlässliche Grundlage für die angestrebte exakte und effiziente Planung und Lenkung des Produktionsfaktors ‚Arbeit‘ sein.

Die SED-Führung erkannte die Problematik und versuchte, die Grundstoff- und Schwerindustrie bevorzugt mit Rohstoffen und eben auch mit Arbeitskräften zu versorgen. Damit setzte sie den zuvor eingeschlagenen Wirtschaftskurs fort. Das Politbüro plante unter anderem die Ausarbeitung eines Gesetzes „zur Sicherung des wirtschaftlichen Aufbaus“, dessen Fertigstellung zunächst jedoch noch zurückgestellt wurde¹⁴. Ende Februar 1950 stimmte das Führungsorgan der SED dem überarbeiteten Gesetzentwurf zu, der sich jedoch nicht auf den Ausbau der

¹¹ BAB, DQ 2/1755, Arbeitsplan der Abt. I a vom 24. 1. 1950, S. 1.

¹² Vgl. BAB, DQ 2/1755, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen der Landesregierung Mecklenburg am 8. 2. 1950: vorläufiger Arbeitskräftebedarf im Lande Mecklenburg zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950. Das Berliner Ministerium lud im übrigen die zuständigen Hauptabteilungsleiter der fünf Landesministerien in unregelmäßigen Abständen zu gemeinsamen Sitzungen ein, um die Ausarbeitung des Arbeitskräfteplanes voranzutreiben. Diese Sitzungen hatten auch schon vor der DDR-Gründung stattgefunden, allerdings mit anderen Aufgabenstellungen. Vgl. BAB, DQ 2/1175, Protokoll über die Sitzung am 9. 2. 1950.

¹³ Vgl. BAB, DQ 2/1729, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen der Landesregierung Sachsen im Januar 1950 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen in Berlin, S. 2.

¹⁴ SAPMO, DY 30/IV 2/2/70, Bl. 16, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 7. 2. 1950.

Gesamtsteuerung bezog, sondern vielmehr Sanktionen für leitende Mitarbeiter in Wirtschaft und Verwaltung vorsah¹⁵. Nahezu zeitgleich wurde im Politbüro der Entwurf einer Direktive für den Fünfjahrplan beraten¹⁶, der die Entwicklung der Gesamtwirtschaft entsprechend dem sowjetischen Vorbild über einen längeren Zeitraum festlegen sollte.

Die bevorzugte Versorgung ausgewählter Betriebe mit Rohstoffen sowie mit Arbeitskräften war bereits vor der DDR-Gründung Realität gewesen. Das Sekretariat der DWK hatte am 26. September 1949 einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt und sogar eine Liste mit 41 führenden Maschinenbaubetrieben zusammenstellen lassen¹⁷. An diese Tradition knüpfte das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen frühzeitig an: Ende 1949 wurde das Ministerium für Industrie gebeten, ein Verzeichnis der „Schwerpunkt- und Exportbetriebe“ anzulegen. Diese sollten im Zuge der Arbeitskräftelenkung bevorzugt behandelt werden und – was noch wichtiger war – nicht gezwungen werden, ihrerseits Arbeiter an den Erzbergbau abgeben zu müssen¹⁸. Die weitere Entwicklung einer allgemeinen Wirtschaftsplanung und die dabei vorzunehmende Arbeitskräfteplanung hatte insofern eine schwere Ausgangslage, als eine ganze Anzahl von Betrieben gesondert zu behandeln war. Aufgrund der von seiten der DWK sowie der SED eingeschätzten ökonomischen Dringlichkeiten waren der Zentralverwaltungswirtschaft damit von vornherein enge Handlungsspielräume gesetzt worden. Dieses Dilemma vergrößerte sich noch im Laufe der Zeit, da die Liste der sogenannten Schwerpunktbetriebe ständig erweitert wurde. Nachdem sich die VVB ABUS – ein wichtiger Zulieferer für die Bergbau- und Schwerindustrie – hilfesuchend an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen mit der Bitte gewandt hatte, die Landesämter anzuweisen, „daß aus den ABUS-Betrieben keine Arbeitskräfte, vor allem Fachkräfte, abgezogen werden“¹⁹, wurden auch die einzelnen Betriebe dieser VVB zu Schwerpunktbetrieben des Fünfjahresplanes erklärt²⁰.

Die Abteilung Arbeitskräftelenkung im Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen erinnerte die Landesämter Ende 1950 daran, dafür zu sorgen, daß den Bauvorhaben bei den Schwerpunktbetrieben des Maschinenbaus und der Metallurgie ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden²¹. Gerade in dieser frühen wirtschaftlichen Aufbauphase ließ sich der Bedarf an qualifizierten Bauarbeitern oftmals nicht decken. Dabei genossen die neu entstehenden Eisen- und Stahlwalzwerke Priorität, während andere Bauvorhaben vorerst zurückgestellt werden mußten. Gleichzeitig wurden die Landesregierungen vom Berliner Mini-

¹⁵ SAPMO, DY 30/IV 2/2/73, Bl. 32 und 37, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 21. 2. 1950.

¹⁶ SAPMO, DY 30/IV 2/2/71, Bl. 31, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 14. 2. 1950.

¹⁷ BAB, DC 15/II-42, Bl. 20–24, Anordnung über die bevorzugte Versorgung der Schwerpunktbetriebe des Maschinenbaues und der Metallurgie mit Material, Arbeitskräften und Transportmitteln. Die Anordnung sollte auf Anweisung des DWK-Sekretariats nicht veröffentlicht werden.

¹⁸ BAB, DQ 2/1153, Aktenvermerk des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 16. 12. 1949.

¹⁹ BAB, DQ 2/2145, VVB ABUS (Ausrüstung von Bergbau und Schwerindustrie) am 1. 9. 1950 an das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen, S. 2.

²⁰ Ebenda, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen (Abt. Arbeitskräftelenkung) am 3. 10. 1950 an die Landesämter von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen, S. 2.

²¹ BAB, DQ 2/716, Abt. Arbeitskräftelenkung am 16. 11. 1950 an die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg sowie den Magistrat von Groß-Berlin.

sterium angewiesen, „besonderes Augenmerk auf die *Ausnützung der örtlichen Arbeitskraftreserven* zu richten“²². Vor der Zuweisung von auswärtigen Arbeitskräften sei grundsätzlich zu prüfen, „ob eine gleichartige Kraft im eigenen Amtsbezirk verfügbar ist“. Außerdem müßten die Bemühungen der jeweiligen Betriebe geprüft werden, die innerbetriebliche Qualifizierung zu unterstützen.

Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen intensivierte seine Besuche bei den einzelnen Landesministerien, um die Ziele der Volkswirtschaftspläne deutlich zu machen. Staatssekretär Paul Peschke wies im Rahmen einer Tagung der Arbeitsamtsleiter Mecklenburgs darauf hin, daß das Potential der männlichen Arbeitskräfte ausgeschöpft sei. Große Sorge bereitete ihm die nicht zu stoppende Fluktuation: Denn so entzog sich eine quantitativ nicht unbeträchtliche Gruppe immer noch den Bestrebungen der Planungsverwaltung, den Arbeitskräfteeinsatz langfristig und umfassend zu steuern. Diese Arbeiter entschieden somit selbständig über die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und ließen sich in ihrer Entscheidung von den durch die Betriebe angebotenen Löhnen leiten. Peschke versuchte dieses weitgehend marktorientierte Verhalten negativ zu belegen und kündigte Maßnahmen an gegen den – so Peschke – „großen Teil jene[r] Arbeitskräfte, die gern von einem Betrieb in den anderen wandern“. Und weiter: „Sie gehen alle am liebsten dahin, wo sie am meisten verdienen und am wenigsten arbeiten müssen. Man muß diesen Zugvögeln das Ziehen unmöglich machen.“²³ Darüber hinaus hob er die bereits bekannten Probleme bei der beruflichen Nachwuchsförderung hervor und plädierte indirekt für eine Verkürzung der Ausbildungszeiten, um den Betrieben ausgebildete Facharbeiter rascher zuweisen zu können²⁴. Der Staatssekretär erläuterte außerdem den einsetzenden Funktionswandel der Arbeitsämter. Seinen Angaben zufolge hatte die Vermittlungstätigkeit aufgehört, und es waren Aufgaben der ArbeitskräfteLenkung in den Mittelpunkt der Tätigkeit gerückt. Die Konsequenzen, die er aus diesem Befund zog, waren neu und ließen Konflikte mit den Betrieben erahnen: „Die Arbeitskraftlenkung muß umgestellt werden auf die Rationalisierung in den Betrieben, d. h. die Lenkung der Arbeitskräfte von Betrieb zu Betrieb muß operativ und nicht mehr administrativ erfolgen.“²⁵ An den Zielen der ArbeitskräfteLenkung hatte sich damit nichts geändert; es ging immer noch um die Gewinnung neuer Arbeitskraftreserven sowie den effizienten und bedarfsgerechten Einsatz des Faktors ‚Arbeit‘. Dagegen deutete sich ein Wechsel der Instrumentarien an, wobei offen blieb, wie der angestrebte direkte und ständige Kontakt vom Arbeitsamt zum jeweiligen Betrieb zu bewerkstelligen war. Im Grunde genommen hing der Erfolg dieser neuen arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ganz entscheidend von der Kooperationsbereitschaft der Betriebe ab. Hier waren jedoch angesichts der zurückliegenden Erfahrungen mit den Aktionen für einen zwischenbetrieblichen Arbeitskräfteausgleich Zweifel angebracht.

²² BAB, DQ 2/2145, Abt. Arbeitskraftlenkung am 25. 5. 1951 an das Sekretariat von Minister Chwalek, S. 2.

²³ BAB, DQ 2/1526, Protokoll über die Arbeitstagung der Arbeitsamtsleiter am 23./24. 2. 1950 in Rostock, S. 6. Eine ähnliche Veranstaltung fand eine Woche später in Dresden statt. Vgl. ebenda, Protokoll der Arbeitstagung der Arbeitsamtsleiter am 2. 3. 1950 in Dresden.

²⁴ BAB, DQ 2/1526, Protokoll über die Tagung der Arbeitsamtsleiter am 23./24. 2. 1950 in Rostock, S. 7.

²⁵ Ebenda, S. 8.

Die Vorarbeiten für den ersten Fünfjahrplan, der schließlich als Gesetz am 8. November 1951 veröffentlicht wurde²⁶, reichen weit zurück. Dazu zählen der bereits erwähnte Zweijahrplan sowie die jährlichen Volkswirtschaftspläne. Beim Fünfjahrplan – auch darauf ist schon hingewiesen worden – handelt es sich keineswegs um eine genuin DDR-spezifische Entwicklung. Das Vorbild stammte bekanntlich aus der Sowjetunion. Die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes erfolgte in enger Absprache mit der SMAD. Dabei war es der SED-Führung vorbehalten, erste Entwürfe auszuarbeiten und zunächst intern zu beraten²⁷. Das Politbüro stimmte einem Entwurf am 25. April 1950 grundsätzlich zu und beschloß gleichzeitig, daß „keine Zahl dieses Entwurfes öffentlich bekannt gemacht werden darf“²⁸. Dieser Beschluß deutet darauf hin, daß noch erheblicher Abstimmungsbedarf zwischen der SED-Führung und der provisorischen Regierung bestand. Die streng vertrauliche Direktive enthielt wenig Neues in puncto Arbeitskräftelenkung: So wurde die Erhöhung des Beschäftigtenstandes angekündigt; Schwerpunkte der Zuteilung waren demzufolge die Wirtschaftsbereiche Metallurgie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie chemische Industrie²⁹. Genauere Zahlen lieferte erstmals die vom Staatssekretär im Ministerium für Planung, Bruno Leuschner, am 8. April 1950 unterzeichnete „Bilanz der Volkswirtschaft zum Fünfjahrplan“³⁰. Diese ging von einem Anstieg des Beschäftigtenstandes von 6,159 Millionen (1950) auf 6,847 Millionen (1955) aus³¹. Leuschner errechnete aufgrund der Westwanderung sowie der natürlichen Sterberate einen Gesamtbedarf für diesen Zeitraum von insgesamt 1,735 Millionen Arbeitskräften. Hauptträger der Nachfrage nach Arbeitskräften waren die Industrie (723 700), das Bauwesen (267 000), das Verkehrswesen (98 000) sowie Sonstige (646 600). Aufschlußreich war die Tatsache, daß die Berufsschulen die Hauptlast bei der Bedarfsdeckung trugen (1,191 Millionen), während man sich von der organisierten Werbung nur einen Gewinn von insgesamt 466 100 Arbeitskräften erhoffte. Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen arbeitete seinerseits Vorschläge für eine Direktive aus, die an die Hauptabteilungen Arbeit auf Landesebene verschickt werden sollte und insgesamt recht vage gehalten war³². Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die sowjetische Besatzungsmacht in diese interne Diskussion über den Fünfjahrplan jederzeit eingeschaltet war und ihren Einfluß geltend machte³³.

Inzwischen setzten die Landesämter ihre Berichterstattung über den Arbeitskräfteplan 1950 fort, der aber nach wie vor noch unvollständig blieb³⁴. Das Zen-

²⁶ Gesetzblatt der DDR 1951, S. 973–991.

²⁷ SAPMO, DY 30/IV 2/2/71, Bl. 31, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 14. 2. 1950; SAPMO, DY 30/IV 2/2/74, Bl. 34, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 28. 2. 1950. Beide Protokolle enthalten jedoch keine Entwürfe des Fünfjahrplanes in der Anlage. Für die Vorbereitung des Entwurfs waren Walter Ulbricht und Heinrich Rau verantwortlich.

²⁸ SAPMO, DY 30/IV 2/2/85, Bl. 89. Die Direktive ist allerdings nur im Arbeitsprotokoll enthalten.

²⁹ Ebenda, Bl. 79–88, hier Bl. 86.

³⁰ SAPMO, NY 4182/965, Bl. 322 ff.

³¹ Ebenda, Bl. 328.

³² BAB, DQ 2/903, Bl. 220–230.

³³ SAPMO, NY 4090/315, Bl. 151 f., Denkschrift über den Fünfjahrplan (vermutlich von der SKK 1950).

³⁴ ThHStA, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Bd. 1683–1684, Bl. 315, HA Wirt-

trale Planungsamt beim Ministerium für Planung zog eine kritische Bilanz über den Ablauf des Volkswirtschaftsplanes und listete Mängel und Schwächen auf³⁵. Im einzelnen wurde beanstandet, daß „die zentralen Stellen in der Landesebene [...] nicht in der Lage waren, konkretes Unterlagenmaterial über die Zahl ihrer Betriebe und ihrer Beschäftigten, über Kapazitätsauslastung und Absatzrichtung ihrer Betriebe zu geben“³⁶. Heftige Kritik mußte sich auch die Arbeitsverwaltung gefallen lassen: „Bei den durchgeführten Kontrollen wurde festgestellt, daß die Arbeitsweise der Ämter für Arbeit nur formal und ressortmäßig beschränkt ist.“³⁷ Bei der pauschal vorgetragenen Kritik, die vor allem die Landesverwaltungen sowie das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen betraf, muß berücksichtigt werden, daß es dem Ministerium für Planung ausschließlich darum ging, die Frage der Verantwortlichkeit für die bisher aufgetretenen Hindernisse eindeutig zu beantworten und anderen Verwaltungen auf Zentral- und Landesebene zuzuordnen.

Das Politbüro des ZK der SED legte nicht nur die Grundzüge des Fünfjahresplanes fest, sondern beschloß auch die darin aufgehenden jährlichen Volkswirtschaftspläne. Dabei wurden durchaus eine ganze Reihe von Detailregelungen festgelegt. So entschied das SED-Führungsgremium etwa auf seiner Sitzung am 28. November 1950, daß für 40 000 erwerbslose Jugendliche „zusätzlich Ausbildungsstätten zur Heranbildung von Arbeitskraftreserven für die neuen Kombinate (Hüttenwerke, Werften usw.) geschaffen werden“³⁸. Damit deutete sich die eigentliche Bedeutung des Fünfjahresplanes für die Arbeitskräfteelenkung an: Während sich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zuvor auf den zwischen- und überbezirklichen Ausgleich sowie auf die Freisetzung von männlichen und die berufliche Eingliederung von weiblichen Arbeitskräften weitgehend beschränkt hatten, konnten Anfang der fünfziger Jahre durch den forcierten Auf- und Ausbau von schwerindustriellen Großbetrieben zahlreiche neugeschaffene Arbeitsplätze angeboten werden. Diese Beschäftigungsprogramme ersetzten jedoch nicht die anfänglichen Aufgaben der Arbeitsverwaltung, sondern ergänzten sie vielmehr. Doch auch hierbei gab es in gewisser Hinsicht einige Vorläufer: Zu nennen sind in dem Zusammenhang die sogenannten Sofortprogramme I und II 1948/49, deren Erfolg aber stark begrenzt blieb, was letztlich auch zum Erliegen dieser Maßnahmen geführt hatte. Mit dem längerfristig angelegten strukturpolitischen Industrieprojekt, das mit der sowjetischen Besatzungsmacht intensiv abgestimmt worden war, erreichte die DDR-„Arbeitsmarkt“-Politik in gewisser Hinsicht eine neue Dimension. Die SED-Führung sowie die daran beteiligten Planungsbehörden schufen mit dieser Entscheidung ihre eigene Nachfrage nach Facharbeitern. Die Errichtung der einzelnen Kombinate in der Stahl- und Eisenindustrie, später auch in der chemischen Industrie, zogen die entsprechenden Effekte für die Arbeitskräfteelenkung nach sich. Damit versuchte die Arbeitsverwaltung das selbstgesteckte Ziel zu verwirklichen, von der Arbeitsvermittlung zur Steuerung der

schaftsplanung beim Ministerpräsidenten des Landes Thüringen am 29. 8. 1950 an den Minister für Planung.

³⁵ SAPMO, NY 4182/963, Bl. 407–417, Bericht vom 20. 10. 1950.

³⁶ Ebenda, Bl. 408 f.

³⁷ Ebenda, Bl. 412.

³⁸ SAPMO, DY 30/IV 2/2/120, Bl. 22.

Arbeitskräfte zu gelangen. Dennoch blieb die Gewinnung von Arbeitskräften und deren bedarfsgerechte Verteilung ein Kernproblem der beteiligten Verwaltungen.

Während bis ungefähr Ende 1949 Abstimmungsprobleme primär zwischen dem Berliner Arbeitsministerium und den jeweiligen Landesämtern bestanden hatten, änderte sich dies mit der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes 1951. Nunmehr rückten die Fachministerien als neue Konfliktpartner immer stärker in das Zentrum des Geschehens. Diese waren bereits im September 1950 erstmals gebeten worden, „eine Aufstellung des zusätzlichen Kräftebedarfs für die wichtigsten Betriebe herzureichen“³⁹. Insbesondere die betriebliche Aus- und Weiterbildung sollte ausschließlich den Fachministerien übertragen werden⁴⁰. Darüber hinaus wurden Mitte Mai auch die fünf Landesregierungen in einem Rundschreiben um die Fortsetzung ihrer Mitarbeit gebeten⁴¹. Bereits Anfang Mai lag vom Ministerium für Schwerindustrie eine Übersicht über die Arbeitskräftelage vor, die allerdings keine Angaben über die Berufsausbildung enthielt⁴². Im Zuge einer Überprüfung der Arbeitskräftelenkung in Sachsen-Anhalt stellte die Staatliche Plankommission fest, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Arbeit und den Industrieministerien völlig unzureichend war. Während der Hauptabteilung Arbeit bei der Landesregierung und den dortigen Arbeitsämtern eine gute Arbeit bescheinigt wurde, erhielt das Arbeitsministerium in Berlin erneut schlechte Noten: Dieses habe bei der Aufgabenstellung und der Anleitung der nachgeordneten Dienststellen versagt⁴³.

Bei der weiteren Ausarbeitung des Fünfjahrplanes erhöhte die SED-Führung die Investitionsausgaben für den schwerindustriellen Sektor und unterstrich nochmals die Bedeutung dieser Branchen innerhalb der gesamtwirtschaftlichen Planungen der Hegemonialpartei. So sollten für die Metallurgie und den Kohlenbergbau weitere 100 bzw. 50 Millionen DM bereitgestellt werden. Des weiteren legte das Politbüro fest, daß die zusätzlichen Finanzmittel für den Kohlenbergbau „auf Kosten anderer Investitionsträger“ zu buchen waren⁴⁴. Zeitweise bemühte sich die SED-Führung sogar, Quartalsberichte in der Presse zu veröffentlichen. Mit Hilfe dieser propagandistischen Selbstdarstellung strebte sie letztlich an, Zustimmung in der Bevölkerung zu gewinnen: Der vom Politbüro zur Veröffentlichung freigegebene Bericht der Staatlichen Plankommission „über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951 im II. Quartal“ sollte den stetigen Wirtschaftsaufschwung in der DDR verdeutlichen. Besonders hervorgehoben wurde der Beschäftigungszuwachs um 250 000 Personen im Vergleich zum Vorjahr sowie der Anstieg der Frauenerwerbsquote von 25 auf 28 Prozent⁴⁵. Das Politbüro bestä-

³⁹ BAB, DQ 2/1755, Ministerium für Arbeit am 28. 4. 1951 an die Staatliche Plankommission.

⁴⁰ Ebenda, 6. Entwurf des Ministeriums für Arbeit vom 30. 4. 1951: „Anweisung zur Instruktion zu dem durch das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1951 vorgeschriebenen Plan über die Arbeitskräfte vom 10. 4. 1951“.

⁴¹ Ebenda, Abt. Arbeitskräftelenkung am 16. 5. 1951 an alle Landesregierungen.

⁴² BAB, DQ 2/2145, Statistik des Ministeriums für Schwerindustrie vom 4. 5. 1951.

⁴³ BAB, DE 1/10151, Bl. 131–139, hier Bl. 138, Bericht der SPK (Inspektions-Abt.) vom 23. 5. 1951.

⁴⁴ SAPMO, DY 30/IV 2/2/150, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 29. 5. 1951.

⁴⁵ SAPMO, DY 30/IV 2/2/158, Bl. 35–40, hier Bl. 38, Anlage Nr. 3 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros am 24. 7. 1951.

tigte auch in der Folgezeit die Bevorzugung der Schwerindustrie bei der Verteilung von Investitionsmitteln: Dieser Kurs schlug sich unter anderem beim Volkswirtschaftsplan 1952 erneut nieder⁴⁶.

Die sowjetische Einflußnahme kann anhand der deutschen Aktenüberlieferung nur vereinzelt und sehr eingeschränkt nachgezeichnet werden. Mitunter läßt sich die Position von SKK-Vertretern mit Hilfe von Gesprächsnotizen erhellen, die Mitarbeiter des SED-Apparates oder des Ministeriums für Arbeit angefertigt haben. Diese immer nur punktuelle Überlieferung bricht jedoch Anfang der fünfziger Jahre weitgehend ab. Äußerst selten sind des weiteren Schriftstücke der sowjetischen Besatzungsmacht in deutscher Übersetzung vorhanden. Diese Quellenproblematik trifft grundsätzlich auch bei der Erörterung der wirtschaftspolitischen Überlegungen im Zusammenhang mit der Errichtung der Zentralverwaltungswirtschaft zu. Insofern haben Aussagen zur Position der SKK, die aus deutschen Akten herausgearbeitet werden, nur bedingte Aussagekraft. Da allerdings der Zugang zu den entsprechenden Beständen in den Moskauer Archiven nach wie vor erheblich erschwert bzw. unmöglich ist, scheint es dennoch lohnenswert, diese zentrale Frage nach den Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht und dem deutsch-sowjetischen Verhältnis vorerst, wenn auch sehr bruchstückhaft, aus deutscher Perspektive zu untersuchen. Es kann davon ausgegangen werden, daß die inhaltliche Ausrichtung des Fünfjahrplanes sowie der einzelnen Volkswirtschaftspläne zwischen Vertretern der SKK und der SED-Führung abgesprochen wurde. Der SKK-Vorsitzende, Armeegeneral Wassili I. Tschujkow, übermittelte Walter Ulbricht am 27. Juli 1951 Bemerkungen zum Entwurf der Kontrollziffern des Volkswirtschaftsplanes für 1952⁴⁷. Darin unterbreitete er einige Verbesserungsvorschläge, die sich insbesondere auf die festgesetzten Investitions- und Produktionszahlen sowie den Lebensmittelverbrauch bezogen. Die Bemerkungen zur „Arbeitsmarkt“-Politik beschränkten sich dagegen auf die Forderung, die im Fünfjahrplan aufgestellten Planziffern einzuhalten. Dies bezog sich auf die Festlegungen zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben und die Erhöhung des durchschnittlichen Jahreslohnes⁴⁸.

Obwohl die Grundstoff- und Schwerindustrie im Mittelpunkt der beschäftigungspolitischen Konzeptionen von SED-Führung und Arbeitsverwaltung standen, wurden dennoch die übrigen Wirtschaftsbereiche aus den Gesamtplanungen nicht vollständig ausgeklammert. Das Ministerium für Arbeit versuchte, den dortigen Arbeitskräftebedarf soweit wie möglich zu berücksichtigen. Dabei wurde jedoch die herausgehobene Bedeutung, die etwa der Bergbau, die Stahl- und Eisenindustrie genossen, zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Vielmehr ging es darum, Engpässe bei der Leicht- und Konsumindustrie in dem Maße zu überbrücken, daß die Produktion insgesamt nicht gefährdet schien. So führte das Ministerium für Arbeit Gespräche mit dem Ministerium für Leichtindustrie, um „Maßnahmen zur Sicherstellung des Arbeitskräftebedarfs für das Planjahr 1952

⁴⁶ SAPMO, DY 30/IV 2/2/159, Bl. 6 f., Protokoll der Sitzung des Politbüros am 1. 8. 1951.

⁴⁷ SAPMO, DY 30/J IV 2/202/44.

⁴⁸ Der von der SED-Führung eingebrachte Volkswirtschaftsplan 1952 sah offensichtlich eine Lohnsenkung vor. Ebenda, S. 3.

zu treffen“⁴⁹. Dabei wurde auf einzelne Kreise verwiesen, in denen offenbar ein Überhang an Arbeitskräften bestand⁵⁰, welche den Betrieben der Leichtindustrie zugeführt werden sollten. Erstmals erörterten das Arbeitsministerium sowie einzelne Fachministerien die Möglichkeit, Produktionsanlagen in die sogenannten Notstandsgebiete zu verlagern. Letztlich bedeutete dies, daß nicht mehr ausschließlich die Mobilität der Arbeiter eingefordert wurde, sondern auch der Aufbau von Industrien entsprechend der registrierten Erwerbslosigkeit in Erwägung gezogen wurde. Das betraf prinzipiell auch die Schwerindustrie⁵¹; der Vorschlag wurde jedoch zunächst nicht ernsthaft weiterverfolgt.

Die Bedarfswünsche der einzelnen Fachministerien, die primär ihr wirtschaftliches Interesse verfolgten, ließen sich oftmals nicht automatisch mit den Planungsabsichten des Arbeitsministeriums in Übereinstimmung bringen. So sah beispielsweise der vom Ministerium für Maschinenbau aufgestellte Arbeitskräfteplan für 1952 eine Vergrößerung des Beschäftigtenstandes um insgesamt 68 000 Personen vor⁵². Dieser zusätzliche Bedarf sollte nach den Vorstellungen des Fachministeriums durch die Gewinnung von 28 000 „Ausgelernten“, 23 000 Frauen sowie 5000 männlichen Lehrlingen abgedeckt werden; ungeklärt blieb allerdings eine Restgröße von immerhin 12 000 Personen. Vertreter des Ministeriums für Arbeit zeigten bei einer gemeinsamen Besprechung die Grenzen der Planungsarbeiten auf: So erhielt das Ministerium für Maschinenbau den unmißverständlichen Hinweis, daß „unsere Reserve an Arbeitskräften nur noch aus Frauen, Jugendlichen, die vom Nachwuchsplan nicht erfaßt sind, und erwerbsbeschränkten Männern besteht“⁵³. Im Herbst 1951 verstärkte sich beim Arbeitsministerium die Einsicht, daß der Produktionsfaktor ‚Arbeit‘ insgesamt gesehen ein knappes Gut geworden war⁵⁴. Der Ende der vierziger Jahre in zahlreichen Branchen registrierte Arbeitskräfteüberschuß war somit in einen Arbeitskräftemangel, vor allem an Facharbeitern, umgeschlagen. Die Reserven schienen weitgehend erschöpft zu sein. Damit standen die zentralen Ministerien immer mehr vor der Aufgabe, die Allokation effektiv zu regeln. Anfang November beschäftigte sich schließlich auch der DDR-Ministerrat mit der angespannten Arbeitskräftelage. Der stellvertretende Ministerpräsident Heinrich Rau trug einen entsprechenden Bericht vor, der inhaltlich vermutlich auf den wesentlichen Erkenntnissen des Arbeitsministeriums basierte. Nach Angaben von Staatssekretärin Malter wies Rau auf den kontinuierlichen Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte hin und betonte, es sei „schon heute er-

⁴⁹ BAB, DQ 2/1755, Aktenvermerk des Ministeriums für Arbeit (Abt. Arbeitskraftlenkung) vom 17. 9. 1951.

⁵⁰ Im einzelnen handelte es sich um folgende Kreise: Thüringen (Sonneberg, Eichsfelde-Worbis, Heiligenstadt, Sondershausen), Sachsen-Anhalt (Oschersleben, Salzwedel, Wernigerode, Gardelegen, Osterburg), Mecklenburg (Ludwigslust, Hagenow, Malchin, Parchim, Usedom, Rügen), Brandenburg (Neuruppin, Perlberg). Aus Sachsen wurde dagegen kein Kreis gemeldet. Vgl. ebenda.

⁵¹ BAB, DQ 2/1755, Aktenvermerk des Ministeriums für Arbeit (Abt. Arbeitskraftlenkung) über eine Aussprache mit Vertretern des Ministeriums für Schwerindustrie am 13. 9. 1951.

⁵² Ebenda, Aktenvermerk des Ministeriums für Arbeit (Abt. Arbeitskraftlenkung) vom 16. 10. 1951.

⁵³ Ebenda, S. 1.

⁵⁴ BAB, DQ 2/1753, Denkschrift des Ministeriums für Arbeit (Abt. Arbeitskraftlenkung) vom 30. 10. 1951.

forderlich, weitgehendst Lehrplätze zu planen, sonst kommen wir in die Zwangslage, Facharbeiter umzuschulen“⁵⁵.

Wie bereits mehrfach erwähnt, verlief die Zusammenarbeit zwischen den zentralen Planungsbehörden in Berlin und den Landesverwaltungen nicht reibungslos. Das Ministerium für Arbeit hatte frühzeitig um eine Aufstellung des Arbeitskräftebedarfs und des vermittelbaren Arbeitskräfteüberhangs gebeten – aufgeschlüsselt nach Wirtschaftsbranchen. Entsprechende Perspektivpläne, die für die Arbeitsverwaltung sowie die Staatliche Plankommission verwertbare Ergebnisse enthielten, lagen aber erst im Herbst 1951 vor⁵⁶. Auch dabei wurde ein „erheblicher Mangel“ an männlichen Arbeitskräften deutlich; das Ministerium für Arbeit von Sachsen-Anhalt betrachtete die Frauen und Jugendlichen als einzige Reserve⁵⁷. Deren berufliche Qualifizierung wurde als „vordringliche Aufgabe“ angesehen. Das Ministerium für Arbeit in Berlin bat daraufhin die übrigen Landesregierungen, ebenfalls einen Perspektivplan nach dem Vorbild aus Sachsen-Anhalt vorzulegen⁵⁸.

Das Politbüro stimmte auf seiner Sitzung am 18. Dezember 1951 einem Gesetzentwurf über den Volkswirtschaftsplan 1952 zu, der die bisherigen Ziele der Arbeitskräftegewinnung und -lenkung nochmals zusammenfaßte⁵⁹. Dieser sah die Neueinstellung von 126 700 Personen „in der gesamten Wirtschaft“ vor⁶⁰. Besonders hervorgehoben wurde die Verstärkung des Bestandes an qualifizierten Facharbeitern und an ingenieurtechnischem Personal. Darüber hinaus war die Erhöhung der Frauenbeschäftigungsquote von 29,4 (1951) auf 34,3 Prozent (1952) vorgesehen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Berufsausbildung: Hierbei sollten 206 766 Jugendliche in Lehrstellen vermittelt werden, darunter 138 775 in der volkseigenen Wirtschaft.

Die Aufgabenstellung für die Arbeitsverwaltung wandelte sich nicht nur durch den ersten Fünfjahrplan und die jährlichen Volkswirtschaftspläne, sondern auch aufgrund der „Verordnung über die Aufgaben der Arbeitsverwaltungen und die Lenkung der Arbeitskräfte“ vom 12. Juli 1951, die weiter unten noch eingehender behandelt wird. Es sei vorab schon einmal darauf hingewiesen, daß mit dieser Verordnung die Arbeitsämter bei der Arbeitskräftegewinnung weitgehend verdrängt wurden; das übernahmen in der Folgezeit die Betriebe selbst. Dabei sollte die Abteilung Arbeitskraftlenkung im Arbeitsministerium die Betriebe für eine nicht näher festgelegte Übergangszeit unterstützen⁶¹. Während die Aufgabe der Werbung auf die betriebliche Ebene verlagert wurde, behielt das Ministerium für Arbeit auch weiterhin die Zuständigkeit für die langfristige Planung und Zuteilung der verfügbaren Arbeitskräfte.

⁵⁵ Das geht aus einem Schreiben von Staatssekretärin Friedel Malter vom 10. 11. 1951 an Minister Roman Chwalek hervor, in: BAB, DQ 2/716.

⁵⁶ BAB, DQ 2/1163, Perspektivplan der HA Arbeit in Halle am 1. 10. 1951 zur Lenkung der Arbeitskräfte für 1951/52 in Sachsen-Anhalt.

⁵⁷ Ebenda, S. 1.

⁵⁸ BAB, DQ 2/1163, Ministerium für Arbeit (Abt. Arbeitskraftlenkung) am 16. 11. 1951 an die Landesregierungen in Schwerin, Erfurt, Dresden und Potsdam.

⁵⁹ SAPMO, DY 30/IV 2/2/184, Bl. 1.

⁶⁰ Ebenda, Bl. 106. Das am 14. 2. 1952 veröffentlichte Gesetz legte die Gesamtzahl sogar auf 154 000 fest. Vgl. Gesetzblatt der DDR, S. 111–126, hier S. 121.

⁶¹ BAB, DQ 2/1755, Denkschrift der Abt. Arbeitskraftlenkung vom 6. 3. 1952, S. 3.

Die Fertigstellung des Volkswirtschaftsplanes 1953 lag erneut in den Händen der SED-Führung, die die vorgelegten Entwürfe häufig an neu gebildete Kommissionen weiterreichte und eine nochmalige Überarbeitung anregte. Dieser Prozeß zog sich wieder über einen längeren Zeitraum hin und blieb weitgehend auf das Politbüro des ZK beschränkt; sogar der DDR-Ministerrat sollte über den Diskussionsverlauf nicht unterrichtet werden⁶². Die Verzögerungen bei der Verabschiedung des Volkswirtschaftsplanes 1953 waren jedoch nicht nur auf die kurz skizzierte Vorgehensweise des SED-Führungsgremiums zurückzuführen, sondern auch auf Ressortinteressen der Fachministerien, die bei einzelnen Fragen beratend hinzugezogen wurden. So erhielt der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bruno Leuschner Ende September 1952 den Auftrag, „die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit den Ministerien und Staatssekretariaten zu klären“⁶³. Das Protokoll der Politbürositzung enthält allerdings keine näheren Angaben, worin diese Differenzen über den Volkswirtschaftsplan konkret bestanden. Einen Monat später waren die Abstimmungsprobleme noch nicht gelöst, so daß das Politbüro erneut eine Kommission einsetzte, welche die Aufgabe erhielt, „alle Fragen des Planes zu klären und den endgültigen Beschluß für das Politbüro vorzubereiten“⁶⁴. Wiederum vier Wochen später lag der endgültige Entwurf vor, der nur noch geringfügig überarbeitet werden sollte. Auf seiner Sitzung am 25. November legte das Politbüro den Tag der Beschlußfassung in der Volkskammer auf den 17. Dezember fest⁶⁵. Kurzfristig aufgetretene Probleme bei der Finanzierung des Gesamthaushaltes führten offenbar dazu, daß das Politbüro sämtliche Ministerien anwies, „ihre Investitionen und die darin festgelegten Leistungen mit einem um 6% verringerten finanziellen Aufwand durchzuführen“⁶⁶. Wegen der vorgenommenen Streichungen im Investitionsplan schien eine Produktionssteigerung unter anderem bei den Stahl- und Walzwerken, die sich noch im Aufbau befanden, akut gefährdet zu sein. Damit befand sich die SED-Führung in einem Dilemma: Auf der einen Seite galt es, die im Fünfjahrplan enthaltenen langfristigen Ziele zu erreichen, auf der anderen Seite sollte der Volkswirtschaftsplan solide finanziert sein. In dieser Situation entschied sich das Politbüro für die letztgenannte Zielvorgabe und nahm damit, wenn auch indirekt, negative Effekte für das Wirtschaftswachstum zunächst in Kauf. Dennoch sah der am 22. Dezember im Gesetzblatt veröffentlichte Volkswirtschaftsplan für 1953 eine Mehrbeschäftigung von rund 100 000 Personen vor, ohne daß eine Gegenfinanzierung durchgeführt wurde⁶⁷.

Ein Hauptproblem bei der Einhaltung der Arbeitskräftepläne bestand nach wie vor in der Fluktuation. Da sich das quantitative und qualitative Ausmaß dieser Wanderungsbewegung weder vorhersehen noch steuern ließ, mußten die Staatliche Plankommission sowie die Fachministerien die im Volkswirtschaftsplan aufgeführten Zahlenangaben ständig der Realität anpassen. Nach Angaben der Abtei-

⁶² SAPMO, DY 30/IV 2/2/215, Bl. 12, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 10. 6. 1952.

⁶³ SAPMO, DY 30/IV 2/2/235, Bl. 18, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 30. 9. 1952.

⁶⁴ SAPMO, DY 30/IV 2/2/242, Bl. 4f., Protokoll der Sitzung des Politbüros am 31. 10. 1952. Der Kommission gehörten an: [Otto] Grotewohl, [Walter] Ulbricht, [Heinrich] Rau, [Bruno] Leuschner, [Fritz] Selbmann, [Willi] Rumpf, [Walter] Strampfer und [Ernst] Scholz.

⁶⁵ SAPMO, DY 30/IV 2/2/249, Bl. 7.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 96.

⁶⁷ Vgl. Gesetzblatt der DDR 1952, S. 1319–1332, hier S. 1328.

lung Arbeitskraftlenkung waren im Verlauf des Jahres 1952 5869 Arbeiter in die Zwickauer-Oelsnitzer Steinkohlengruben „gelenkt“ worden. Gleichzeitig sei aber ein „Abgang“ von insgesamt 7354 Arbeitern zu verzeichnen gewesen⁶⁸. Trotz der daraufhin eingeleiteten Intensivierung der Arbeitskräftewerbung „und der eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung der Fluktuation“ konnten in diesem zentralen Wirtschaftsbereich die aufgestellten Produktionspläne letztlich nicht erfüllt werden⁶⁹.

Das Institutionengefüge, das letztlich verantwortlich war für die Steuerung und Lenkung des Arbeitskräftepotentials, änderte sich 1952/53 und mußte sich in der Folgezeit erst neu einspielen. Zunächst wurden im Sommer 1952 die Länder aufgelöst. Damit hörten auch die Landesarbeitsministerien auf zu existieren. Sie hatten vor allem bis zur DDR-Gründung häufig landespolitische Interessen verfolgt, die sich oftmals nicht mit den Vorstellungen der Berliner Zentralverwaltungen deckten. Das stellenweise bestehende Konkurrenzverhältnis zwischen Zentral- und Landesverwaltungen, das sich jedoch sukzessive zurückgebildet hatte, verschwand damit vollständig. Die neu aufzubauenden Bezirksverwaltungen konnten diese Position bei weitem nicht einnehmen; dennoch war eine reibungslose Zusammenarbeit mit der DDR-Regierung nicht zwangsläufig von vornherein gegeben. Eine weitere Veränderung trat mit dem Aufbau der Staatlichen Plankommission ein, die ein eigenes „Plangebiet Arbeitskräfte“ einrichtete und sich somit immer stärker mit der Arbeitskräfteplanung beschäftigte. Dies trug mittelfristig dazu bei, daß die Bedeutung des Ministeriums für Arbeit in diesem Bereich sank. Verstärkt wurde dieser Kompetenzverlust durch die bereits angesprochene Verordnung vom 12. Juli 1951. Weil die Staatliche Plankommission immer mehr Mitspracherechte erhielt bzw. sich eroberte, ließen sich übergeordnete politische Ziele mitunter leichter durchsetzen: Der Aufbau eines Militär- und Sicherheitsapparates in der DDR brachte einen hohen Personalbedarf mit sich⁷⁰, der wiederum innerhalb der Arbeitskräfteplanung zu berücksichtigen war. Die Staatliche Plankommission ging bei der Ausarbeitung des Planes für 1953 davon aus, daß „von der Volkspolizei 180000 Arbeitskräfte benötigt werden“⁷¹. So verringerte sich die Anzahl der Arbeitskräfte, welche die Arbeitsämter dem Erzbergbau oder anderen sogenannten Schwerpunktaufgaben zuteilen konnten. Damit bestand ein weiterer Interessenkonflikt – dieses Mal zwischen den Belangen der wirtschaftlichen Großprojekte, die sich in der DDR erst noch im Aufbau befanden, und den militärischen und sicherheitspolitischen Interessen der SED-Führung bzw. des Innenministeriums. Dieser Konflikt hatte sich bereits Ende 1949 angekündigt, als etwa die Arbeitsverwaltung in Sachsen-Anhalt eine gezielte Abwerbung für die Volkspolizei registrierte, die vor allem zu Lasten der Grundstoff- und Schwerindustrie ging: „Unter den sich zur Volkspolizei meldenden Personen befinden sich 1000 von Metallfach- und Baufacharbeitern, desgleichen aus dem Bergbau.“⁷²

⁶⁸ BAB, DQ 2/848, Bericht der Abt. Arbeitskraftlenkung vom 24. 1. 1953, S. 2.

⁶⁹ Ebenda, S. 3.

⁷⁰ Vgl. Wenzke, Auf dem Wege zur Kaderarmee.

⁷¹ BAB, DE 1/3649, Bl. 1–4, hier Bl. 1, Bericht des Plangebietes Arbeitskräfte vom 27. 2. 1953.

⁷² LA Magdeburg LHA, Rep. K MW, Nr. 10660, Situationsbericht der Unterabteilung I a vom 4. 11. 1949.

Aus Sicht der Staatlichen Plankommission war vor allem die berufliche Unterbringung von Jugendlichen und Schulabgängern ein zentrales Problem der Volkswirtschaftspläne, da sich offensichtlich jedes Jahr eine Diskrepanz zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage auftat⁷³. Der Bedarf an Arbeitskräften von seiten der volkseigenen Betriebe war bei weitem nicht so groß, daß alle Jugendlichen automatisch einen Arbeitsplatz finden konnten. Darüber hinaus erwies sich das Ziel, sämtliche Lehrlinge nach der Berufsausbildung mit Arbeit zu versorgen, als schwer durchführbar. Nach Rücksprache mit der zuständigen Abteilung des Ministeriums für Arbeit unterbreitete die Staatliche Plankommission den Vorschlag, „die auslernenden Lehrlinge mindestens 4 Wochen noch zu beschäftigen“⁷⁴. Die dafür benötigte „Lohnsumme“ sollte außerplanmäßig bereitgestellt werden. Während dieser Überbrückungsphase sollten dann neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden. Dabei wurde auch in Erwägung gezogen, die Mehrzahl der Jugendlichen in die Organisation „Dienst für Deutschland“⁷⁵ einzubeziehen. Zwei Ergebnisse verdienen es, nochmals hervorgehoben zu werden: Zum einen machten diese Vorschläge die Hilflosigkeit bzw. die begrenzte Handlungsfähigkeit der zentralen Planungsbehörden in der DDR erneut deutlich. Nachdem bereits das Arbeitsministerium stets vor dieser Problematik gestanden und nie eine adäquate Lösung gefunden hatte, zeigte sich auch die Staatliche Plankommission der Aufgabe nicht gewachsen. Zum anderen manifestierte sich die nach wie vor bestehende Eigenständigkeit der Betriebe, die zwar durch den Aufbau der Zentralverwaltungswirtschaft erheblich eingeschränkt, aber nie völlig beseitigt worden war. Die Betriebsleiter besaßen bei der Frage der Neueinstellung von Lehrlingen bzw. der Übernahme von Ausgelernten ein entscheidendes Mitspracherecht. Darüber hinaus konnten sich Staatliche Plankommission und SED-Führung zu einem eindeutigen wirtschaftspolitischen Kurs nie durchringen. Statt dessen wurde versucht, zwei sich widersprechende Ziele miteinander in Einklang zu bringen: Es ging um die Garantie, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhielt und anschließend nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen wurde, *und* um die „Einführung eines strengen Sparsamkeitsregimes“. Arbeitsplatzsicherheit und kostengünstige Betriebsführung sollten gewährleistet werden. Dies lief letztlich auf eine Erhöhung der betrieblichen Lohnfonds hinaus, die aus dem Staatshaushalt finanziert werden mußten.

Das Ministerium für Arbeit befürchtete für 1953 ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen⁷⁶. Neben den oben genannten Gründen schien auch die Aktion zur Kürzung der Verwaltungsausgaben um 20 Prozent negative Folgen haben zu können. Die auf diese Weise freigesetzten Verwaltungsangestellten würden dann ebenfalls als Arbeitsuchende auftreten. Vor diesem Hintergrund verlor für die Arbeitsverwaltung das Ziel an Bedeutung, die Hortung von Arbeitskräften in den Betrieben zu verhindern, da man ansonsten eine weitere Entlassungswelle hätte in Kauf nehmen müssen. Die Deutsche Notenbank wies zwar auf die personelle

⁷³ BAB, DE 1/3649, Bl. 1–4, hier Bl. 2, Bericht über die Arbeitskräftesituation vom 27. 2. 1953.

⁷⁴ Ebenda, Bl. 3.

⁷⁵ Vgl. Buddrus, Die Organisation „Dienst für Deutschland“; Diedrich, „Dienst für Deutschland“.

⁷⁶ BAB, DQ 2/1760, Bericht über die Arbeitskräftelage im Jahre 1953 (o.D.).

Überbelegung einzelner Betriebe hin, die eine „Überschreitung des Arbeitskräftenplanes“ zur Folge hatte⁷⁷, doch Arbeitsminister Chwalek ließ sich auch nach einer Anfrage vom Chef der Regierungskanzlei⁷⁸ nicht zu einer Auskämmungsaktion bewegen⁷⁹.

Ausschaltung der privaten Arbeitsvermittlung

Die Bestimmungen des SMAD-Befehls Nr. 65 und des Kontrollratsbefehls Nr. 3 legten bekanntlich fest, daß die Arbeitsvermittlung nur durch die Arbeitsämter vorgenommen werden durfte. Dies galt auch für die Anmeldung der Arbeitskräftenachfrage: Stellenangebote und -gesuche konnten in Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Druckschriften nur nach vorheriger Genehmigung durch das zuständige Arbeitsamt veröffentlicht werden; das galt im übrigen auch für öffentliche Aushänge bzw. Bekanntmachungen. Dadurch sollte eine Umgehung der Arbeitsverwaltung von vornherein verhindert werden. Kurz nach Gründung der DDR sprach sich die Abteilung I a im Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen dafür aus, diese Bestimmungen etwas zu lockern. Vermutlich waren bei den Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge zahlreiche Ausnahmeanträge eingegangen, und das Berliner Ministerium versuchte auf diese Weise, das Verfahren zu vereinfachen und vor allem die ihr unterstehenden Arbeitsämter zu entlasten. Ein entsprechender Anordnungsentwurf hob das bis dahin bestehende Genehmigungsverfahren auf. Statt dessen sollte den einzelnen Inseraten der Zusatz vorangestellt werden: „Einstellung der Arbeitskräfte erfolgt nur über das örtlich zuständige Amt für Arbeit und Sozialfürsorge.“⁸⁰ Diese Auflage brachte keine wesentliche Veränderung in der Praxis mit sich, da bereits zahlreiche Zeitungen entsprechende Vereinbarungen mit den jeweiligen Arbeitsämtern getroffen hatten⁸¹. Nach wie vor blieben aber Inserate zur Anwerbung von Arbeitskräften für das Ausland, vor allem in die Bundesrepublik, der Genehmigungspflicht unterworfen. Diese Sonderregelung schien aus Sicht des Arbeitsministeriums notwendig zu sein, „um einer unerwünschten Abwerbung von qualifizierten Fachkräften, die unsere Wirtschaft selbst benötigt, vorzubeugen“⁸². Die Anordnung wurde am 28. Februar 1950 im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht⁸³ und sollte ihre Funktion erst mit der „Verordnung über die Aufgabe der Arbeitsverwaltungen und über die Lenkung von Arbeitskräften“ vom 12. Juli 1951 verlieren: Da die Arbeitsämter damit ihren Charakter als Arbeitsvermittlungsstellen verloren, erübrigte sich letztlich auch der Zusatz, der den Inseraten vorangestellt werden mußte. Abteilungsleiter Heisig vom Arbeitsministerium bat am 9. Oktober 1951 das Amt für Information,

⁷⁷ BAB, DQ 2/2146, Deutsche Notenbank am 5. 3. 1953 an Minister für Schwermaschinenbau Wunderlich.

⁷⁸ Ebenda, Chef der Regierungskanzlei und Staatssekretär der Regierung Geyer am 18. 3. 1953 an den Minister für Arbeit Chwalek.

⁷⁹ Ebenda, Minister Chwalek am 20. 3. 1953 an den Chef der Regierungskanzlei Geyer.

⁸⁰ BAB, DQ 2/906, Bl. 255, Anordnungsentwurf „über die Werbung von Arbeitskräften durch Inserate“ vom 21. 10. 1949.

⁸¹ Ebenda, Bl. 253, Begründung der Abt. I a vom 21. 10. 1949 zum Anordnungsentwurf.

⁸² Ebenda.

⁸³ Gesetzblatt der DDR 1950, S. 135.

„die Presse-Organen entsprechend zu verständigen, damit dieses [gemeint ist die Anordnung vom 28. 2. 1950] in Wegfall kommt“⁸⁴.

Weniger konzessionsbereit zeigte sich das Ministerium für Arbeit bei der Frage der privaten Arbeitsvermittlung. Diese war in der unmittelbaren Nachkriegszeit toleriert worden, zumal die Subunternehmer über wesentlich bessere Informationen zu den regionalen Arbeitsmärkten verfügten als die noch im Aufbau befindliche Arbeitsverwaltung. Die Errichtung der Zentralverwaltungswirtschaft und die damit eng verbundene Zentralisierung zogen eine Zurückdrängung des privaten Sektors auch in der Vermittlung von Arbeitskräften nach sich. Ein Schwerpunkt der privaten Arbeitsvermittlung scheint Anfang der fünfziger Jahre vor allem die Bauindustrie und das Baufachgewerbe gewesen sein, da hier der Bedarf nach Arbeitskräften enorm gestiegen war und von den Arbeitsämtern offensichtlich nicht befriedigt werden konnte. Bei den angebotenen Arbeitern handelte es sich in der Regel um qualifizierte Facharbeiter für den Montagebau, die von den Stahl- und Walzwerken ganz besonders benötigt wurden. Die Subunternehmer boten sogar die ihnen zur Verfügung stehenden Fachkräfte den jeweiligen Baufirmen direkt an⁸⁵. Die übergeordnete VVB ABUS informierte daraufhin das zuständige Landesamt über den Vorfall und regte eine grundsätzliche Entscheidung an: „Während uns als VVB-ABUS von den Arbeitsämtern in Bezug auf [die] Vermittlung von Arbeitskräften nicht geholfen werden kann, werden auf der anderen Seite Privatunternehmen so viel Arbeitskräfte vermittelt, daß sie Schreiben, wie das anliegende [vgl. Anm. 85], verschicken müssen.“⁸⁶

Das Ministerium für Arbeit wurde erst neun Monate später aktiv, nachdem die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht hatte. Der ZKSK lag allerdings nicht ein konkreter Fall aus der Bauindustrie, sondern von der Schiffswerft Roßlau vor, die einen Schweißer über einen privaten Arbeitsvermittler bezogen hatte⁸⁷. Die ZKSK betrachtete „diese Art der Vermittlung als ein illegales Aufleben der privaten Arbeitsvermittlung, was zugleich eine Umgehung der bestehenden Gesetze und Bestimmungen bedeutet“. Da dies keine „Einzelercheinung“ sei, bat man das Ministerium, „eine Kontrolle mehrerer Baustellen in der DDR vorzunehmen“. Im Laufe der Zeit richtete sich die Kritik der Kontrollbehörde in zunehmenden Maße auch gegen die Arbeitsämter: Aufgrund der „schlechten Arbeit“ hätten die privaten Arbeitsvermittler ihre Tätigkeit wiederaufgenommen⁸⁸. Überprüfungen durch die Abteilung Arbeitskraftlenkung beim Ministerium für Arbeit bestätigten grundsätzlich die Berichte der ZKSK. Die Tätigkeit der privaten Arbeitsvermittler, die sich vor allem auf den Montagebau bei den Stahl- und Hüttenwerken sowie den Werften spezialisiert hatten, wurden offensichtlich von den zuständigen Industrieministerien akzeptiert. Diese waren ebenso wie die beteiligten Großbetriebe an zusätzlichen Facharbeitern stark interessiert. Bei einer Gesamteinschätzung muß außer-

⁸⁴ BAB, DQ 2/1766.

⁸⁵ LA Magdeburg LHA, Rep. K MW, Nr. 9448, Otto K. (Nienburg/Saale) am 2. 11. 1950 an die Firma ABUS Aschersleben (Bau-Union Mittelbe).

⁸⁶ Ebenda, VVB ABUS am 30. 11. 1950 an das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge in Halle.

⁸⁷ BAB, DQ 2/2086, ZKSK (Sonnenburg) am 15. 8. 1951 an das Ministerium für Arbeit.

⁸⁸ Ebenda, ZKSK-Vorsitzender am 24. 8. 1951 an Arbeitsminister Chwalek.

dem berücksichtigt werden, daß die Subunternehmer nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Spezialgeräte anboten, die in der volkseigenen Industrie zu diesem Zeitpunkt ebenfalls ein knappes Gut darstellten. Das Ministerium für Arbeit versuchte dem Anliegen der ZKSK nachzukommen und mit den jeweiligen Fachministerien Vereinbarungen zu treffen, um auf die private Arbeitsvermittlung verzichten zu können: So wurde etwa der Hauptabteilung Schiffbau des Ministeriums für Maschinenbau vorgeschlagen, für die anfallenden Arbeiten in den verschiedenen Werften „eine Gruppe von Spezialarbeitern im Bereich der volkseigenen Werften mit Aggregaten auszurüsten, um sie an diese Stellen zu leiten, wo der dringendste Bedarf erforderlich ist“⁸⁹. Diese mobile Einsatztruppe, quasi eine brancheninterne „Feuerwehr“, sollte das Abhängigkeitsverhältnis der volkseigenen Wirtschaft in dieser Frage endgültig beenden.

Auch wenn das quantitative Ausmaß dieser Form der Arbeitsvermittlung, die an den Arbeitsämtern vorbeilief, nicht gemessen werden kann⁹⁰, lassen sich doch einige Zwischenergebnisse festhalten: Zunächst einmal zeigte sich an diesem Beispiel erneut die beschränkte Durchschlagskraft der Planungsbehörden. Der rechtlich fixierte Anspruch der Arbeitsverwaltung, alleine für die Steuerung des „Arbeitsmarktes“ zuständig zu sein, konnte offenbar nicht vollständig umgesetzt werden. Doch auch die Ministerien auf zentraler Ebene traten keineswegs einheitlich auf: Aus pragmatischen Gründen waren einzelne Fachministerien mit der Tätigkeit der Subunternehmer durchaus einverstanden. Darüber hinaus setzten sich Betriebsleitungen in der volkseigenen Wirtschaft über die Anweisungen des Arbeitsministeriums hinweg und verfolgten zuallererst betriebseigene Interessen. Für sie hatte die Absicherung eines geregelten Produktionsablaufes letztlich Priorität. Die Arbeitsverwaltung registrierte des weiteren, daß Facharbeiter aus volkseigenen Betrieben zu den privaten Arbeitsvermittlern abwanderten, da dort höhere Löhne angeboten wurden⁹¹. Das machte deutlich: Trotz des umfassenden Aufbaus der Zentralverwaltungswirtschaft konnten marktähnliche Entwicklungen nicht völlig ausgeschlossen werden.

Nachdem das Ministerium für Arbeit den alarmierenden Bericht der ZKSK erhalten hatte, wies es die Landesministerien eindringlich an, „in ihren Bereichen zu untersuchen, inwieweit Privatfirmen auf ähnlicher Grundlage arbeiten“, und darüber regelmäßig zu berichten⁹². Die Landesministerien reichten diese Anweisung wiederum an die Abteilungen Arbeit der Stadt- bzw. Landkreise weiter⁹³. Einzelne Kreisverwaltungen entwickelten dabei mitunter radikale Lösungen: So wurde unter Rückgriff auf die Wirtschaftsstrafverordnung ein Subunternehmer im Kreis Niederbarnim (Brandenburg), dem eine Steuerschuld in Höhe von 54 000,- DM nachgewiesen werden konnte, zur Aufgabe seiner Tätigkeit gezwun-

⁸⁹ Ebenda, Bericht der Abt. Arbeitskraftlenkung vom 12. 9. 1951, S. 3.

⁹⁰ Weder die ZKSK noch das Ministerium für Arbeit unternahmen 1951/52 eine systematische Analyse des Phänomens „private Arbeitsvermittlung“. Bei den Berichten und Schriftwechseln tauchen vielmehr nur Einzelbeispiele auf, die insofern nur Tendenzen andeuten aber keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben können.

⁹¹ BAB, DQ 2/2086, Arbeitsminister Chwalek am 19. 9. 1951 an alle Landesregierungen, S. 1.

⁹² Ebenda, S. 2.

⁹³ BAB, DQ 2/2086, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Brandenburg am 29. 9. 1951 an die Abteilungen Arbeit der Stadt- bzw. Landkreise.

gen⁹⁴. Im einzelnen wurden diesem nicht nur die Gewerbe genehmigung entzogen⁹⁵, sondern auch die Spezialgeräte konfisziert und eine Geldstrafe von 10000,- DM verhängt⁹⁶. Die ZKSK beschränkte ihre Untersuchungen jedoch nicht alleine auf das Land Brandenburg, sondern bezog in der Folgezeit die übrigen Länder in diese Aktion mit ein. Die Landeskommissionen für Staatliche Kontrolle meldeten dabei weitere Einzelfälle von privater Arbeitsvermittlung⁹⁷, die bis zum Sommer 1952 nahezu beseitigt werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt hörte die Arbeitsverwaltung auf, sich mit der Thematik zu befassen. Subunternehmer, die auch nach dem Entzug der Gewerbe genehmigung ihre Tätigkeit fortsetzten, mußten mit der Einleitung von strafrechtlichen Verfahren rechnen⁹⁸.

*Registrierung der arbeitsfähigen Bevölkerung, „Arbeitsmarkt“
und Arbeitslosigkeit*

Eine entscheidende Voraussetzung für die Arbeitskräftelenkung war in der SBZ die vollständige Erfassung der arbeitsfähigen Bevölkerung durch die Arbeitsämter gewesen. Ende 1949 schlug der Minister für Arbeit und Gesundheitswesen Luitpold Steidle vor, die nach wie vor bestehende Registrierpflicht „aufzulokern“. Da mittlerweile ein Überblick über die vorhandenen Arbeitskräfte bestehe und eine „Normalisierung der Verhältnisse“ eingetreten sei, bedeute die „straffe Handhabung“ der arbeitsrechtlichen Bestimmungen „eine mit der erreichten Entwicklung nicht mehr in Einklang stehende Belastung der Bevölkerung und der Arbeitsämter“⁹⁹. Die anzustrebende Veränderung sei – so der Minister – durchaus vertretbar und eröffne den Arbeitsämtern Freiräume für „operative Aufgaben“. Mit diesem Vorschlag fand Steidle, der bei der Aufteilung seines Ressorts Anfang 1950 nur noch das Gesundheitswesen behielt, in seinem Ministerium anfangs keine Unterstützung. Der Leiter der Abteilung I a Donau mahnte dazu, „die Angelegenheit reiflich“ zu überlegen: Die Registrierpflicht stelle nämlich eine „Grundlage für unsere Arbeitskräftebilanz“ dar¹⁰⁰. In Berlin, das Steidle als Vorbild genannt hatte, war letztlich die Altersgrenze für männliche Jugendliche nur von 14 auf 15 Jahre angehoben worden, weil das schulpflichtige Alter zuvor erhöht worden war. Der Minister hatte mit diesem Hinweis eher die eigene Inkompetenz demonstriert und präziserte seinen Vorschlag in der Folgezeit auch nicht weiter.

Anfang 1950 erfolgte dennoch eine Änderung bei der Arbeitskräfteerfassung, die zu einer Arbeitsentlastung bei den Arbeitsämtern führen sollte: Vermutlich nach Absprache mit den Landesämtern für Arbeit und Sozialfürsorge wurden die

⁹⁴ Ebenda, Landrat des Kreises Niederbarnim (Hauptamt Wirtschaftsstrafrecht) am 1. 10. 1951 an Arbeitsminister Chwalek.

⁹⁵ Dies ging auf eine Anregung des Ministers für Arbeit zurück. Ebenda, Arbeitsminister Chwalek am 24. 9. 1951 an den Rat des Kreises Niederbarnim.

⁹⁶ Ebenda, HA Arbeit (Heisig) am 6. 12. 1951 an die ZKSK.

⁹⁷ Ebenda, Stellvertretender Vorsitzender der ZKSK am 27. 11. 1951 an Arbeitsminister Chwalek.

⁹⁸ Ebenda, Rat des Kreises Greifswald (Abt. Arbeit) am 5. 3. 1952 an das Volkspolizeiamt Greifswald.

⁹⁹ BAB, DQ 2/1736, Minister Steidle am 15. 12. 1949 an den Leiter der HA Arbeit (Litke).

¹⁰⁰ Ebenda, Abt. I a (Donau) am 19. 12. 1949 an Abteilungsleiter Litke.

Bestimmungen zur sogenannten Kontrollmeldung dahingehend geändert, daß für die Arbeitsuchenden die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Meldungen bei den Arbeitsämtern vergrößert wurden¹⁰¹. Dadurch wurde das Prinzip der vollständigen Erfassung der arbeitsfähigen Bevölkerung jedoch nicht aufgegeben. Im einzelnen wurde angeordnet, daß vollarbeitsfähige Arbeitslose eine Kontrollkarte erhalten und sich mindestens einmal monatlich beim zuständigen Arbeitsamt melden sollten. Die monatliche Meldepflicht galt im übrigen auch für arbeitspflichtige Schwerbeschädigte, arbeitspflichtige Jugendliche sowie für „vermittlungsfähige“ Sozialfürsorgeempfänger. Dagegen hatten sich erwerbsbeschränkte Arbeitslose nur alle drei Monate beim Arbeitsamt zu melden. Die Mitarbeiter bei den Arbeitsämtern hatten bereits zuvor die Aufgabe wahrgenommen, sämtliche Besuche auf der Kontrollkarte schriftlich festzuhalten. Darüber hinaus war vorgesehen, Arbeitspflichtige, die keine Arbeit suchten, vorläufig von der Arbeitspflicht zu befreien und dies auch auf der Kontrollkarte zu vermerken. Personen, die von der Arbeit freigestellt worden waren, sollten einen Registrierungsausweis und einen entsprechenden Vermerk im Arbeitsbuch erhalten. Vor allem die Verbesserung des Arbeitsplatzangebots für Frauen, Jugendliche und Schwerbeschädigte stand im Mittelpunkt der Überlegungen der Arbeitsverwaltung¹⁰². Inwieweit dieses Ziel realisiert werden konnte und ob diese Veränderungen des Registrierungssystems zu einer wesentlichen Entlastung der Arbeitsämter beitrugen, mußte sich allerdings erst noch zeigen. Die Arbeitsverwaltung konnte in dieser Frage allem Anschein nach selbständig handeln; ein direkter Einfluß von seiten der SED-Führung ist nicht nachweisbar. Diese befaßte sich im Frühjahr 1950 mit der Vorbereitung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die auch mit der SKK abgestimmt werden sollte¹⁰³. Das Politbüro stimmte kurz darauf der vom Sekretariat eingebrachten Vorlage zu¹⁰⁴. Im Sommer 1950 sprach sich das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen dafür aus, die Personalkarteien in den Betrieben weiter auszubauen: „Die Personalkarteikarte muß ein Spiegelbild des arbeitenden Menschen sein, mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten, seinen besonderen Eigenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten, seiner körperlichen Beschaffenheit, kurz, mit allem, was seine Leistungsfähigkeit beeinflusst.“¹⁰⁵ Eine nach diesen Prinzipien angelegte Personalkartei müsse die Grundlage für die innerbetriebliche Arbeitskräfteplanung bilden. Begründet wurde dies mit dem Hinweis auf die Durchführung des Fünfjahrplanes und die damit eng verbundene bedarfsgerechte und effiziente Zuteilung von Arbeitskräften: Um dieses Ziel zu erreichen, benötigten die Betriebe – so das Ministerium – eine genaue Übersicht über die bei ihnen beschäftigten Arbeitskräfte. Die zuständigen Landesämter leiteten kurz darauf den angeordneten Aufbau des betrieblichen Karteisystems und damit

¹⁰¹ Ebenda, Ministerium für Arbeit und Sozialwesen des Landes Sachsen am 18. 1. 1950 an die Arbeitsämter.

¹⁰² Ebenda, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen des Landes Sachsen am 21. 1. 1950 an die Arbeitsamtsleiter.

¹⁰³ SAPMO, DY 30/J IV 2/3/105, Bl. 6, Protokoll der Sitzung des Sekretariats am 5. 5. 1950.

¹⁰⁴ SAPMO, DY 30/IV 2/2/89, Bl. 26 und 31 f., Protokoll der Sitzung des Politbüros am 16. 5. 1950.

¹⁰⁵ BAB, DQ 2/1766, Bl. 64, Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen (HA Arbeit) am 4. 7. 1950 an das Ministerium für Industrie, S. 1.

den langfristigen Übergang vom Wohnort- zum Betriebsstättenprinzip ein¹⁰⁶. Zweieinhalb Monate später schlug Hauptabteilungsleiter Litke vor, neben der Personalkartei eine Arbeitsplatzkartei in den Betrieben aufzubauen, in der die konkreten Anforderungen jedes einzelnen Arbeitsplatzes aufgeführt werden sollten¹⁰⁷.

Da sowohl die Staatliche Plankommission als auch das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen des öfteren auf den kausalen Zusammenhang von Arbeitskräftelenkung als Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftsplanung und Reduzierung der Erwerbslosenzahlen hingewiesen hatten, soll im folgenden die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der frühen DDR kurz skizziert werden. Dabei orientiert sich die Darstellung beim strukturellen Aufbau und bei den leitenden Fragestellungen am entsprechenden Abschnitt des vorherigen Kapitels¹⁰⁸; dieses soll nunmehr zeitlich fortgesetzt werden. Der Erhebungszeitraum wird dabei bis Ende 1955 verlängert, um den langfristigen Trend beim Absinken der Erwerbslosenzahlen deutlich werden zu lassen. Allerdings muß betont werden, daß die Statistiken dies nicht immer zuließen, zumal die Kriterien der statistischen Erfassung einem Wandel unterworfen waren. So waren Angaben zur Zahl der erwerbsbeschränkten Arbeitslosen sowie zu den offenen Stellen nur für die Jahre 1950/51 auffindbar. Neu hinzu kam eine Tabelle über die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 18 Jahren, die vor 1950 nur sehr unregelmäßig erfaßt worden waren. Eine Erklärung dafür könnte sein, daß die Versorgung von Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen im Verlauf des Fünfjahrplanes immer stärker in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeitsverwaltung rückte.

Innerhalb der Arbeitsverwaltung wurde Mitte 1950 über eine neue Definition des Begriffes „arbeitslos“ nachgedacht. Bereits ein Jahr zuvor hatte das thüringische Ministerium für Arbeit und Sozialwesen darauf hingewiesen, daß die Zahlen der Arbeitslosenstatistik des Landes zum Teil beträchtlich über den bei den Arbeitsämtern registrierten arbeitsfähigen und -willigen Erwerbslosen lagen: „Die Arbeitslosenstatistik gibt also kein genaues Bild über die echten Arbeitsuchenden.“¹⁰⁹ Deshalb plädierte das thüringische Ministerium dafür, Arbeitskräfte, die eigenständig den Betrieb wechselten, nicht automatisch in die Vermittlungs- und damit in die Arbeitslosenkartei aufzunehmen. Das dahinter stehende Problem der statistischen Erfassung von beruflicher Fluktuation sollte auf diese Weise völlig ausgeblendet werden. Zu den Vorschlägen zählten außerdem die Herausnahme von Rentnern, Schwerbeschädigten und Sozialfürsorgeempfängern aus der Erwerbslosenstatistik¹¹⁰. Auch diese Maßnahme hätte dazu beigetragen, die Arbeitslosenzahlen erheblich zu reduzieren. Strittig blieb jedoch, wie diejenigen Personen zu erfassen seien, die aus einem Arbeitsverhältnis ausgeschieden waren und sich noch nicht beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet hatten. Auch Anfang 1950

¹⁰⁶ BAB, DQ 2/1966, Bericht des sächsischen Ministeriums für Arbeit und Aufbau vom 17. 7. 1950, S. 2.

¹⁰⁷ BAB, DQ 2/1966, Bl. 41 f., hier Bl. 42, Hauptabteilungsleiter Litke am 20. 9. 1950 an das Ministerium für Industrie.

¹⁰⁸ Vgl. Kapitel I. 3.

¹⁰⁹ ThHStA, Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bd. 3597, Bl. 280, Aus dem Mitteilungsblatt des Landesministeriums „Arbeit und Sozialwesen“ Nr. 1 vom Juli 1949.

¹¹⁰ Ebenda.

konnten sich in dieser Frage die leitenden Statistiker der einzelnen Landesministerien auf einer gemeinsamen Arbeitstagung nicht einig werden. Einverständnis wurde zumindest darüber erzielt, daß die Arbeitsämter bei der weiteren Erfassung der arbeitsfähigen Bevölkerung eine neue statistische Kategorie einführen sollten, in die der genannte Personenkreis zunächst einmal aufzunehmen war¹¹¹. Die SKK unterstützte das Vorhaben der Arbeitsverwaltung, die Arbeitslosenstatistik zu bereinigen¹¹², wobei es den deutschen Stellen weitgehend überlassen blieb, konkrete Maßnahmen einzuleiten. Die Arbeitsverwaltung versuchte unter anderem die Beziehher von Fürsorgeleistungen, die als arbeitsfähig eingestuft wurden, in die Arbeitswelt zurückzudrängen, d. h. zur Arbeitsaufnahme zu zwingen. Dies geschah – wie bereits angesprochen – durch die Kürzung der materiellen Leistungen sowie die Verschärfung der Zugangsberechtigung zu Fürsorgeleistungen. Eine Rückkehr zu Praktiken der Arbeitseinweisungen, die noch Ende der vierziger Jahre vor allem im Uranbergbau angewandt worden waren, schloß man allerdings frühzeitig aus. In der Praxis hatte sich offensichtlich gezeigt, daß auch die richterliche Anweisung zur Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit kein probates Mittel darstellte: Entsprechende Strafanträge lagen mitunter bis zu neun Monate bei den Justizbehörden, ohne daß sie bearbeitet wurden¹¹³.

Zwischen 1950 und 1955 sanken die Erwerbslosenzahlen rapide; das Phänomen „Arbeitslosigkeit“ wurde damit für die DDR bis zu ihrem Untergang nahezu bedeutungslos. Diese Entwicklung machte letztlich die Arbeitslosenversicherung überflüssig. Verzeichnete die Statistik im Januar 1950 noch rund 395 000 Arbeitslose, so wurden drei Jahre später nur noch ca. 104 000 Personen gezählt. Dieser Trend war von einigen saisonalen Schwankungen begleitet, die den Abwärtstrend jedoch nicht aufhalten konnten. So stiegen die absoluten Zahlen in den Wintermonaten Januar und Februar¹¹⁴, um dann ab März zunächst geringfügig, ab Mai um so deutlicher wieder abzunehmen¹¹⁵. Der tiefste Stand wurde 1951 im November,

¹¹¹ BAB, DQ 2/1152, Niederschrift über die am 26./27. 1. 1950 in Berlin stattgefundene Arbeitstagung, Bl. 5. Einzelne Arbeitsämter gingen in dieser Angelegenheit eigene Wege: So hatte etwa das Arbeitsamt Waren geplant, die nicht-arbeitswilligen Arbeitslosen aus der Erhebung herauszunehmen. Auf Anweisung des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen mußte dieser Vorstoß aber wieder zurückgenommen werden. Vgl. BAB, DQ 2/2146, Abt. Arbeitskraftlenkung am 7. 7. 1950 an Abt. Planung und Statistik. Auf der Arbeitstagung am 26./27. 1. 1950 wurde die Überlegung, die „Umsiedler“ wieder gesondert zu registrieren, rasch fallengelassen. Vgl. BAB, DQ 2/1152, Niederschrift, Bl. 5.

¹¹² BAB, DQ 2/906, Bl. 73–75, Aktennotiz von Abteilungsleiter Krüger vom 17. 6. 1950.

¹¹³ Ebenda, S. 3.

¹¹⁴ Dieser Trend korrespondiert mit den Meldungen einzelner Arbeitsämter über betriebliche Entlassungen, die z.T. noch im März 1951 in größerem Umfange registriert wurden. Vgl. BAB, DQ 2/2146, Aufstellung des Arbeitsamtes Dresden vom 16.3. und vom 17. 4. 1951 über „Massenentlassungen“. Häufigste Ursache war ein Material- und/oder Rohstoffmangel. Betroffen waren Betriebe der Druck- und Papierindustrie, der Bauwirtschaft sowie die Werften. Vgl. BAB, DQ 2/716, Abteilungsleiter Litke am 22. 3. 1951 an die SKK in Karlshorst (Chomjakow). Nahezu zeitgleich registrierten die Landesarbeitsämter ein Ansteigen der Kurzarbeit, die vor allem den privaten Wirtschaftssektor traf und sich mitunter bis in das Frühjahr 1951 hinzog. Vgl. BAB, DQ 2/716, Bericht der Abt. III vom 25. 4. 1951, S. 2. Ein Teil der von den Entlassungen betroffenen Arbeiter konnte von der Wismut AG wieder aufgesogen werden; diese entlastende Funktion drohte jedoch mit dem vorübergehend verhängten Einstellungsstopp für den Uranbergbau im April 1951 wieder beseitigt zu werden, zumal dort mittlerweile auch eine begrenzte Entlassungswelle eingesetzt hatte, die vor allem Jugendliche traf. Vgl. ebenda, S. 6.

¹¹⁵ Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt vermerkte das Ministerium für Arbeit ebenfalls im Mai

in den beiden folgenden Jahren bereits im August erreicht. Der größte Rückgang war im Verlauf des Jahres 1951 zu beobachten: von etwa 343 000 (Januar) auf 159 000 (Dezember). Die Anzahl der Erwerbslosen verringerte sich auch 1952 um etwas mehr als die Hälfte; danach verlangsamte sich der Abwärtstrend. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit erfaßte allerdings nicht alle Gruppen gleichermaßen: Ein Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. August 1950 verdeutlichte, daß sich die Abnahme primär auf die männlichen und erwachsenen Erwerbslosen beschränkte. Dagegen war der weibliche Anteil unverändert hoch; der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen war sogar angestiegen¹¹⁶.

Grafik 2: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der DDR 1950–1955 (in Tausend)

Quelle: Vgl. Tabelle 6 und 7 in diesem Band

1951: Mit weiteren Entlassungen wurde auch nicht mehr gerechnet. Das Anlaufen der großen Investitionsvorhaben sei dafür letztlich verantwortlich, so Arbeitsminister Chwalek im Juni 1951 an den FDGB-Bundesvorstand (Kirchner). BAB, DQ 2/717.

¹¹⁶ BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950, S. 1.

Tabelle 6: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der DDR 1950–1955 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar	395	343	191	104	95	57
Februar	416	349	194	129	100	65
März	398	333	170	131	91	66
April	345	301	134	117	71	59
Mai	308	280	96	107	49	42
Juni	262	236	78	80	35	32
Juli	235	206	68	72	30	27
August	234	191	63	62	28	25
September	264	190	67	73	40	36
Oktober		162	67	68	37	35
November		148	74	68	35	37
Dezember	291	159	83	80	42	43

Quellen: Boldorf, Sozialfürsorge, S. 45; Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 119 [Januar–Dezember 1955]. Eigene Angaben stammen aus: BAB, DQ 2/1920, Erläuterungen zur Entwicklung der Arbeitslage in den Ländern der DDR [Februar 1950]; BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950 [Juli 1950]; BAB, DQ 2/1760, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 14. 6. 1953 [Juni, September, Dezember 1950]; BAB, DQ 2/1868, Bl. 32–38, hier Bl. 34, Kurzanalyse des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Januar, Februar 1951]; BAB, DQ 2/716, Übersicht des Ministeriums für Arbeit vom 23. 4. 1951 [März 1951]. Boldorf stützt sich auf die im Statistischen Jahrbuch 1955 veröffentlichten Zahlen, die den Stand zur Monatsmitte angeben. Dagegen erfassen die Berichte der Arbeitsämter, die aus Archivalien zitiert werden, den Stand zum Monatsende. Eine erhebliche und grundlegende Abweichung konnte bei beiden Fundstellen nicht festgestellt werden. Die im Statistischen Jahrbuch für das Jahr 1951 angegebenen Zahlen beziehen sich auf die DDR ohne Berlin.

Tabelle 7: Arbeitslosigkeit von Frauen in der DDR 1950–1955 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar		237	143	83	78	47
Februar		242	143	104	83	53
März	260	232	129	103	77	53
April	232	208	103	91	60	47
Mai		192	72	81	40	33
Juni	183	167	58	58	28	25
Juli	166	149	52	52	24	21
August	165	139	47	45	22	19
September	183	137	48	51	28	26
Oktober		118	49	50	27	26
November		109	56	51	26	28
Dezember	211	123	65	64	33	35

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 119 [April 1951–Dezember 1955]. Die darin für das Jahr 1951 enthaltenen Zahlen beziehen sich auf die DDR ohne Berlin. Eigene Angaben stammen aus: BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 7, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950 [März 1950]; BAB, DQ 2/906, Bl. 2–4, hier Bl. 3, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 22. 5. 1950 [April 1950]; BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950 [Juli 1950]; BAB, DQ 2/817, vorläufige Übersicht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen [August 1950]; BAB, DQ 2/1760, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 14. 6. 1953 [Juni, September, Dezember 1950]; BAB, DQ 2/1868, Bl. 32–38, hier Bl. 34, Kurzanalyse des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Januar, Februar 1951]; BAB, DQ 2/716, Übersicht des Ministeriums für Arbeit vom 23. 4. 1951 [März 1951].

Tabelle 8: Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 18 Jahren in der DDR 1950–1955 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Januar			31		22	13
Februar			28	13	20	11
März	86	77	23	12	17	11
April		63	18	12	13	10
Mai		59	13	11	9	8
Juni	65	53	11	9	6	7
Juli		49	9	8	5	5
August		47	9	7	5	5
September	93	57	14	23	18	16
Oktober		46	14	22	15	15
November		40	13	22	13	15
Dezember	77	35	13	22	12	14

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 119 [April 1951–Dezember 1955]. Eigene Angaben stammen aus: BAB, DQ 2/1760, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 14. 6. 1953 [März, Juni, September, Dezember 1950, März 1951].

Tabelle 9: Zahl der erwerbsbeschränkten Arbeitslosen in der DDR 1950/51 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951
Januar		89
Februar		94
März		92
April	98	90
Mai		
Juni		
Juli	83	
August	81	
September		
Oktober		
November		
Dezember		

Quellen: BAB, DQ 2/906, Bl. 2–4, hier Bl. 3, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 22. 5. 1950 [April 1950]; BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950 [Juli 1950]; BAB, DQ 2/817, vorläufige Übersicht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen [August 1950]; BAB, DQ 2/716, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Januar 1951]; BAB, DQ 2/1868, Bl. 32–38, hier Bl. 35, Kurzanalyse des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Februar 1951]; BAB, DQ 2/716, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 10. 5. 1951 [März 1951]; BAB, DQ 2/1907, vorläufige Übersicht des Ministeriums für Arbeit vom 17. 5. 1951 [April 1951].

Auffallendes Kennzeichen für die Periode zwischen 1945 und 1949 war die einsetzende und sich verstärkende Benachteiligung von Frauen auf den Teilarbeitsmärkten gewesen, die sich auch in der frühen DDR fortsetzte. Trotz zahlreicher Bestrebungen von seiten der SED sowie der einzelnen Ministerien, die Gleichberechtigung der Frauen bei der beruflichen Einstellung zu verwirklichen, mußte

das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen im Frühjahr 1950 feststellen, daß 82 Prozent der insgesamt ausgewiesenen offenen Stellen nur Männern und 18 Prozent nur Frauen angeboten wurden. Dabei stellten die Frauen fast zwei Drittel der registrierten Arbeitslosen, nämlich 65 Prozent. Das Ministerium führte diese Entwicklung auf das Verhalten der Betriebe zurück, „die zum Teil ideologisch noch nicht aufgeschlossen genug sind, um bestimmte Arbeitsplätze auch mit Frauen zu besetzen“¹¹⁷. Den mit Abstand größten Anteil an den gemeldeten offenen Stellen nahmen im März 1950 die gewerblichen Hilfsberufe ein (42 Prozent), gefolgt von der Landwirtschaft (15 Prozent) und der Bauindustrie (11 Prozent)¹¹⁸. Bei der Ermittlung der prozentualen Anteile an den offenen Stellen für Frauen verändert sich dieses Ergebnis erheblich: So kamen 31 Prozent aus dem landwirtschaftlichen Sektor, 18 Prozent aus der Forstwirtschaft und 11 Prozent aus der sogenannten Hauswirtschaft¹¹⁹. Darüber hinaus bestand in den einzelnen Berufsgruppen eine stellenweise große Diskrepanz zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage sowie eine ungleiche regionale Verteilung. Von den offenen Stellen entfielen im März 1950 65 Prozent auf das Land Sachsen, während sich allein 30 Prozent aller Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt aufhielten¹²⁰.

Diese Zahlen machen deutlich, daß es auch nach der DDR-Gründung noch keineswegs gelungen war, eine bedarfsgerechte Verteilung der Arbeitskräfte zu erzielen. Die sich daraus entwickelnden Disproportionen auf dem Arbeitsmarkt führten letztlich dazu, daß die gemeldeten offenen Stellen „trotz der großen Zahl der Arbeitslosen nicht besetzt werden konnten“¹²¹. Die Arbeitsverwaltung erhoffte sich von dem bevorstehenden Fünfjahrplan einen zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit: Die betrieblichen Produktionspläne seien in der Vergangenheit nicht nach der Notwendigkeit der Vollbeschäftigung ausgerichtet worden, „sondern nach den materiellen Möglichkeiten“¹²². Mittlerweile beschäftigte sich auch die DDR-Regierung mit den arbeitsmarktpolitischen Fragen: Nachdem der Minister für Arbeit und Gesundheitswesen Luitpold Steidle sowie sein Staatssekretär Paul Peschke über die Schwierigkeiten bei der Besetzung von offenen Stellen berichtet hatten, erhielten sie vom Ministerrat den Auftrag, „für eine bessere, operative Arbeit der Arbeitsämter, welche eine differenzierte Lenkung der Arbeitskräfte vorzunehmen haben, zu sorgen“¹²³. Daraufhin wurden die Landesverwaltungen an-

¹¹⁷ BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 7, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 8. Bei den gewerblichen Hilfsberufen handelte es sich zum überwiegenden Teil um Bergbauhilfsberufe, die zu 96 Prozent von sächsischen Gruben angefordert wurden. Vgl. BAB, DQ 2/906, Bl. 5 (Rückseite), Bericht der Abt. Planung und Statistik vom 24. 5. 1950.

¹¹⁹ BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 8, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950.

¹²⁰ Ebenda, Bl. 5 f., Bericht der Abt. Planung und Statistik vom 24. 5. 1950. Die SED-Führung gab sogar eine Lokalstudie in Auftrag, welche diese ungleiche Verteilung eindrucksvoll bestätigte. So registrierte die Arbeitsverwaltung im Kreis Sonneberg (Thüringen) am 19. 6. 1950 insgesamt 2672 Arbeitslose; dem standen nur 129 offene Stellen gegenüber. BAB, DC 20 Teilbestand Ulbricht/3968, Bl. 70–85, hier Bl. 73, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 30. 6. 1950.

¹²¹ BAB, DQ 2/906, Bl. 5 (Rückseite).

¹²² Ebenda, Bl. 6.

¹²³ BAB, DC 20 I/3–18, Bl. 3, Protokoll der 26. Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR am 25. 5. 1950.

gewiesen, „eine Sofortkontrolle aller Ämter [für Arbeit]“ durchzuführen¹²⁴. Es müsse das Ziel sein, bis zum 30. Juni den größten Teil der offenen Stellen zu besetzen. Das Rundschreiben war in einem harschen Ton gehalten und an Deutlichkeit nicht zu übertreffen: „Lassen Sie keine Einwendungen der Ämter gelten, daß die Anzahl der offenen Stellen keine Bedeutung habe oder als normal zu betrachten sei. Wir wünschen keine Erklärungen, sondern die Besetzung der offenen Stellen.“¹²⁵ Im Gegensatz dazu wiesen die Landesämter auf die begrenzte Reichweite von landespolitischen Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit insgesamt hin. Dabei wurde der enge finanzpolitische Handlungsspielraum der Länder, vor allem aber der Kommunen mehr als deutlich. So vertrat etwa das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik von Sachsen-Anhalt den Standpunkt, daß an eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation ohne entsprechende Zuschüsse von seiten der DDR-Regierung nicht zu denken sei: „Da es sich hierbei nicht nur um ein Problem eines einzelnen Landes, sondern um ein solches der ganzen [DDR] handelt, kann der Arbeitslosigkeit nur durch zentral gesteuerte Maßnahmen und Bereitstellung von Geldern seitens der [DDR] entgegengewirkt werden.“¹²⁶ Das Ministerium in Halle sah sich nicht in der Lage, „ohne entsprechende Mittel zusätzlich geeignete Vorschläge zu unterbreiten, weil die Beschäftigung von Arbeitskräften von der Material- und Geldzuteilung abhängig ist.“

Tabelle 10: Zahl der offenen Stellen in der DDR 1950–1953 (in Tausend)

Monat/Jahr	1950	1951	1952	1953
Januar		57	24	
Februar		65	30	17
März	111	79	40	24
April	112	94	46	24
Mai			51	21
Juni			70	32
Juli	128		71	48
August	110		62	42
September			40	
Oktober			31	
November			23	
Dezember			20	

Quellen: BAB, DQ 2/906, Bl. 7–9, hier Bl. 7, Analyse des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 15. 5. 1950 [März 1950]; BAB, DQ 2/906, Bl. 2–4, hier Bl. 3, Bericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 22. 5. 1950 [April 1950]; BAB, DQ 2/1013, Kurzbericht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen vom 25. 8. 1950 [Juli 1950]; BAB, DQ 2/817, vorläufige Übersicht des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen [August 1950]; BAB, DQ 2/1868, Bl. 32–38, hier Bl. 36, Kurzanalyse des Ministeriums für Arbeit vom 21. 3. 1951 [Januar, Februar 1951]; BAB, DQ 2/716, Bericht des Ministeriums für Arbeit vom 10. 5. 1951 [März 1951]; BAB, DQ 2/1907, vorläufige Übersicht des Ministeriums für Arbeit vom 17. 5. 1951 [April 1951]; BAB, DQ 2/851, Begründung vom 22. 9. 1953 zu einem Beschluß über die Veränderung der Struktur der Abt. Arbeitskraftlenkung, S. 2f. [Januar 1952–August 1953].

¹²⁴ BAB, DQ 2/1416, Hauptabteilungsleiter Litke am 1. 6. 1950 an alle Landesverwaltungen, S. 1.

¹²⁵ Ebenda, S. 2.

¹²⁶ LA Magdeburg LHA, Rep. K MW, Nr. 10054, Bl. 292, Hauptabteilungsleiter Bovensiepen am 5. 7. 1950 an die SKK in Halle.